

BUND-Kassel, Wilhelmsstr. 2, 34117 Kassel

RP Kassel

-Anhörungsbehörde

Planfeststellungsverfahren

Steinweg 6

34117 Kassel

Kreisgeschäftsstelle Kassel

Wilhelmsstr. 2

34117 Kassel

Tel. 0561-18158

bund.kassel@bund.net

www.bund-kassel.de

Kassel, den 30.06.10

Planfeststellungsverfahren Loßbergstraße Kassel

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BUND gibt im o. g. Verfahren nachstehende Stellungnahme ab.

Mit freundlichen Grüßen

Wilfried Bonnet

Planfeststellungsverfahren Loßbergstraße Kassel

Vorbemerkung:

Der BUND protestiert gegen die umwelt- und demokratiefeindliche Verfahrensregelung in Planfeststellungsverfahren, die anerkannten Naturschutzverbände nicht mehr mit den notwendigen Unterlagen zu versorgen und die verschärfende Praxis des RP Kassel, noch nicht einmal 55 Cent in die Benachrichtigung über das laufende Verfahren per Brief oder kostenfrei per E-Mail zu stecken. Im digitalen Zeitalter scheitert die Bereitstellung von digitalen Daten auf der Internetseite des RP für alle (einschließlich der Bürger) nicht an der technischen Möglichkeit, sondern nur am Willen. Der BUND fordert ein Nachdenken über die Praxis und eine möglichst zeitnahe Korrektur zugunsten von Umweltschutz, Demokratie und Partizipation.

Grundsätzlich ist die Vergrößerung der Kreuzungskapazität im Planfeststellungsbereich Loßbergstraße kritisch zu sehen.

Mit der parallel fahrenden Regiotram kann der Verkehr, der nach Beobachtungen zu großen Teilen aus den nördlich angrenzenden Landkreiskommunen stammt, umweltverträglich abgewickelt werden. Bei dem Wunsch, dieses Nadelöhr „aufzubohren“, wird die Strecke für den Autoverkehr attraktiver, dagegen wird die mögliche Nutzung der Regiotram leider nicht im gleichen Maße verbessert. Da die Autos nach Passieren der Ausbaustrecke nicht verschwinden, wird sich die verkehrliche Belastung der nachfolgenden Straßen und Kreuzungen unweigerlich erhöhen, denn die Erfahrung ist, dass bei geschaffenen größeren Kapazitäten der Verkehr auch zunimmt.

Die vorgesehene Verbreiterung der Straße und Schaffung zusätzlicher Spuren erhöht die Anzahl der möglichen Autos auf der Aufstellfläche vor den Ampeln. Das führt in Zeiten größeren Verkehrs zu einer höheren Belastung durch Lärm und Luftschadstoffe der ohnehin schon gebeutelten Anwohner.

In der Summe muss also von einem Anstieg des MIV in dem beplanten Streckenabschnitt sowie den angrenzenden Strecken gerechnet werden. Das führt direkt zu einer höheren Belastung durch Luftschadstoffe und Lärm. Deshalb muss der vorgelegte Straßenerweiterungsbau vom BUND als nicht geeignete Lösung der verkehrlichen Probleme bei wachsender Belastung durch Emissionen von Lärm und Luftschadstoffen abgelehnt werden.

Mit einer Verlegung der Buslinie 24 des Öffentlichen Personennahverkehrs unter Anbindung der Regiotramhaltestelle Christbuchenstraße kann das Problem des Steckenbleibens im Verkehr vermieden und eine Angebotsverbesserung in der Busanbindung erreicht werden.

Eine weitere Erhöhung des räumlichen Abstandes des fließenden motorisierten Individualverkehrs von der Wohnbebauung im Abschnitt zwischen Zentgrafenstraße und Teichstraße kann durch die Verlegung der Baumreihe von der Straßenmitte auf den Straßenrand vor der bestehenden Wohnbebauung erreicht werden.

Die Schaffung von zusätzlichem Parkraum im unmittelbaren Kreuzungsvorfeld in der Einmündung Zentgrafenstraße auf der Kirchditmolder Ortszentrumsseite geht zu Lasten von unbefestigten Flächen. Wenn die Straße noch weiterhin von Autos befahren werden soll, ist ein Ausfädeln aus den Parkstreifen unmittelbar an der Aufstellfläche vor der Ampel nur schwierig vorstellbar. Zugunsten der unbefestigten Fläche wird der Verzicht auf die marginale Stellplatzzahl an dieser Stelle angeregt.

Die Beseitigung der Bäume und Gehölze in der Kurve zugunsten der kurzen Fahrbahnaufweitung erscheint nicht akzeptabel. Die vorgesehenen Ersatzpflanzungen von Umfang und Art sind zu gering, um den Verlust auszugleichen.

Der Abriss eines ortsbildprägenden Gebäudes zugunsten einer Straßenerweiterung war wohl zu früh als überwundene Verkehrsplaneroption in das Haus der Geschichte Abteilung 60iger und 70iger Jahre gebracht worden.